
Gudrun Witter
(Tel.: 03681/440529; e-mail: GWitter@tls.thueringen.de)

Gemeindefinanzen in Thüringen 2001

Die Thüringer Städte und Gemeinden sowie die Landkreise und Verwaltungsgemeinschaften hatten im Jahr 2001 Ausgaben in Höhe von insgesamt 3 971 Mill. Euro. Diesen standen Einnahmen von 3 978 Mill. Euro gegenüber.

Aus der Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen errechnete sich in der finanzstatistischen Abgrenzung im Jahr 2001 ein Finanzierungsüberschuss von 6 Mill. Euro.

Die Tilgungsraten der Kommunen an den Kreditmarkt lagen mit insgesamt 301 Mill. Euro 40 Mill. Euro über der Neuaufnahme von Krediten. Der kassenmäßige fortgeschriebene Schuldenstand betrug Ende 2001 insgesamt 2,8 Mrd. Euro und entsprach damit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 1 230 Euro.

Vorbemerkungen

Die Ergebnisse der vierteljährlichen Kassenstatistik vermitteln einen zeitnahen Überblick über die Entwicklung der kommunalen Finanzen (Ausgaben, Einnahmen, Schulden) und bilden eine wichtige Grundlage für wirtschafts- und finanzpolitische Entscheidungen. Sie sind Gegenstand der nachfolgenden Ausführungen.

Die finanzstatistischen Daten werden nach der kommunalen Haushaltssystematik erfasst und aufbereitet.

Zum Berichtskreis gehören alle Städte und Gemeinden sowie die Gemeindeverbände (Verwaltungsgemeinschaften und Landkreisverwaltungen) des Landes. Grundlage für die Berechnungen je Einwohner bilden die amtlichen Bevölkerungszahlen am 30.6. des jeweiligen Jahres.

Die aktuelle Finanzlage der Thüringer Kommunen ist, wie in allen anderen Bundesländern und in den zurückliegenden Berichtszeiträumen auch, äußerst angespannt. Sowohl gesunkene Steuereinnahmen als auch rückläufige Zuweisungen vom Land führten in Thüringen zu Gesamteinnahmen, die unter dem Vorjahresniveau lagen.

Die Kommunen reagierten darauf zwangsläufig, trotz höherer Pflichtausgaben für soziale Leistungen, mit einer Reduzierung ihrer Gesamtausgaben.

Einsparungen bei den Ausgaben wurden vor allem im investiven Bereich, bei den laufenden Sachausgaben sowie bei den Personalausgaben sichtbar.

Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen

Die Gemeinden und Gemeindeverbände hatten im Jahr 2001 **Ausgaben** in Höhe von 3 971 Mill. Euro, das waren 1 640 Euro je Einwohner. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen Ausgabenrückgang um rund 16 Mill. Euro oder 0,4 Prozent.

Im gleichen Zeitraum verringerten sich auch die kommunalen **Einnahmen**. Sie gingen um 58 Mill. Euro oder 1,4 Prozent auf 3 978 Mill. Euro (1 642 Euro je Einwohner) zurück.

Erstmals seit 1992 sank damit das Volumen bei den Einnahmen unter die 4-Mrd.-Grenze.

Die im Jahr 2001 rückläufigen Einnahmen zwangen die Kommunen, ihre Ausgaben weiter auf einem harten Konsolidierungskurs zu halten. Bedingt durch den Rückgang der Ausgaben wurde bei gleichzeitig sinkenden Einnahmen ein Finanzierungsüberschuss von noch 6 Mill. Euro erreicht.

Dieser Saldo hat eine negative Entwicklung genommen. Er hat sich von +46 Mill. Euro im Jahr 2000 auf noch +6 Mill. Euro reduziert.

Tabelle 1: Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben der Gemeinden/Gemeindeverbände ¹⁾

Jahr	Gesamteinnahmen	Gesamtausgaben	Finanzierungssaldo (Defizit -, Überschuss +)	
			Mill. Euro	Euro/Einwohner
1996	4 325	4 474	- 149	- 60
1997	4 156	4 203	- 47	- 19
1998	4 144	4 176	- 32	- 13
1999	4 204	4 218	- 14	- 6
2000	4 036	3 987	+ 49	+ 20
2001	3 978	3 971	+ 6	+ 3

1) ohne haushaltstechnische Verrechnungen, ohne besondere Finanzierungsvorgänge und bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene

Auf der Ausgabenseite der Kommunalhaushalte bilden die **Personalausgaben** einen gewichtigen Einzelposten. Sie lagen im Jahr 2001 bei 1 217 Mill. Euro oder 503 Euro je Einwohner.

Im Vergleich zum Jahr 2000 ist hier, trotz tariflicher Erhöhungen sowie einer weiteren Ost-West-Anpassung, ein Rückgang um 1,3 Prozent bzw. 15 Mill. Euro festzustellen, der auf auslaufende Maßnahmen im Rahmen des Arbeitsförderungsreformgesetzes, die Nutzung von Teilzeitmodellen sowie auf einen weiteren Personalabbau zurückzuführen ist.

Gemessen an den Gesamtausgaben lag der Anteil der Personalausgaben wie im Vorjahr bei 31 Prozent.

Tabelle 2: Entwicklung der Beschäftigten und der Personalausgaben in den Kernhaushalten der Gemeinden/Gemeindeverbände

Merkmal	Einheit	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Beschäftigte	Anzahl	58 691	49 790	50 433	47 476	45 570	42 640
Veränderung gegenüber dem Vorjahr	in Prozent	- 7,2	- 15,2	1,3	- 5,9	- 4,0	- 6,4
Personalausgaben	1000 Euro	1 383 140	1 250 012	1 254 636	1 266 080	1 232 713	1 217 249
Veränderung gegenüber dem Vorjahr	in Prozent	- 4,9	- 9,6	0,4	0,9	- 2,6	- 1,3

Die Personalausgabenbelastung der einzelnen Körperschaftsgruppen stellte sich wie folgt dar.

Aufgrund ihrer zentralörtlichen Funktion hatten die kreisfreien Städte 31 Prozent ihres Ausgabenvolumens für Löhne und Gehälter aufzuwenden. In den kreisangehörigen Gemeinden (einschließlich Verwaltungsgemeinschaften) lag die Personalausgabenquote bei 29 Prozent. Bei den Landkreisverwaltungen war ein Anteil von 35 Prozent festzustellen. Bei keiner dieser Körperschaftsgruppen hat sich die Quote gegenüber dem Vorjahr verändert.

Im Vergleich der neuen Bundesländer hatten die Thüringer Gemeinden und Gemeindeverbände bei den Personalausgaben in Euro je Einwohner mit 503 Euro nach Sachsen (475 Euro) die zweitniedrigsten Kosten. Sie lagen um 28 Euro unter dem Durchschnitt der neuen Bundesländer und um 6 Euro unter dem Niveau der Länder des früheren Bundesgebietes.

Personalausgaben 2001 in Euro je Einwohner

Thüringen	503
Sachsen	475
Mecklenburg-Vorpommern	521
Brandenburg	575
Sachsen-Anhalt	616
neue Bundesländer	531
früheres Bundesgebiet	510

Tabelle 3 gibt einen Überblick über die Personalausgaben je Einwohner nach Gebietskörperschaftsgruppen in den Jahren 1996 bis 2001.

Hier kann festgestellt werden, dass mit Ausnahme bei den Landkreisen sowohl im Vergleich zum Vorjahr als auch gegenüber 1996 in allen Gebietskörperschaftsgruppen eine Reduzierung erreicht werden konnte.

Tabelle 3: Personalausgaben in Euro je Einwohner nach Gebietskörperschaftsgruppen

Gebietskörperschaftsgruppen	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Kreisfreie Städte	646	586	564	575	570	581
Kreisangehörige Gemeinden (einschl. Verwaltungsgemeinschaften)	360	313	314	322	312	303
Landkreise	168	166	176	176	173	176
Gemeinden und Gemeindeverbände	554	503	508	515	503	503

Neben den Personalausgaben nimmt der **laufende Sachaufwand** im Verwaltungshaushalt der Kommunen eine wichtige Stelle ein. Hierzu zählen u.a. der gesamte sächliche Verwaltungs- und Betriebsaufwand, wie Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen, Geräte und Ausrüstungsgegenstände, Ausgaben für Mieten und Pachten, Haltung von Fahrzeugen, Schülerbeförderungskosten, Geschäftsausgaben usw.

Im Jahr 2001 mussten die Kommunen dafür insgesamt 760 Mill. Euro aufbringen, im Jahr zuvor waren es 765 Mill. Euro.

Für **soziale Ausgaben**, wie Sozialhilfeleistungen, Leistungen der Jugendhilfe sowie Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, wurden im Jahr 2001 durch die Gemeinden und Gemeindeverbände 433 Mill. Euro ausgegeben.

Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen Anstieg um 7,9 Prozent bzw. 32 Mill. Euro, welcher insbesondere auf die Neuregelungen im Vollzug des Unterhaltsvorschussgesetzes (+20 Mill. Euro) sowie auf Mehrausgaben im

Rahmen der Sozialhilfe in Höhe von 10 Mill. Euro zurückzuführen ist.

Die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz blieben im Vergleich zum Vorjahr mit 24 Mill. Euro konstant.

Trotz ihres, für die Verbesserung der Infrastruktur dringend notwendigen, hohen Investitionsbedarfes waren die Thüringer Kommunen im Jahr 2001 erneut gezwungen ihre **Investitionsausgaben** zu reduzieren. Ein Grund dafür waren die um 19 Mill. Euro gegenüber 2000 niedrigeren Investitionszuweisungen vom Land.

Wie aus Tabelle 4 ersichtlich, ist nach einem geringen Anstieg im Jahr 1999 ein rapider Rückgang im investiven Bereich zu erkennen.

Gegenüber dem Vorjahr ist eine Verringerung der Investitionsausgaben um 5 Prozent bzw. 44 Mill. Euro zu verzeichnen, wobei die Ausgaben für Baumaßnahmen um 53 Mill. Euro (-8 Prozent) sanken, die Ausgaben für den Erwerb von Sachvermögen gegenüber 2000 jedoch um 10 Mill. Euro bzw. um 8 Prozent stiegen.

Tabelle 4: Ausgaben für Sachinvestitionen nach Jahren

Investition	1996	1997	1998	1999	2000	2001
	1000 Euro					
Baumaßnahmen	1 047 981	961 586	925 900	944 010	805 756	752 373
Erwerb von Sachvermögen	167 260	138 293	139 630	136 108	120 490	130 296
Sachinvestitionen insgesamt	1 215 241	1 099 879	1 065 530	1 080 118	926 205	882 669
Veränderung zum Vorjahr in Prozent	- 10,7	- 9,5	- 3,1	1,4	- 14,2	- 4,7

Die Sachinvestitionsquote (Ausgaben für Sachinvestitionen gemessen an den Gesamtausgaben) lag im Jahr 2001 bei 22 Prozent (1994 = 33 Prozent).

Im Durchschnitt der neuen Bundesländer lag diese Quote bei 21 Prozent (früheres Bundesgebiet = 16 Prozent).

Von den für Baumaßnahmen verausgabten 752 Mill. Euro entfielen zwei Drittel (497 Mill. Euro) auf die kreisangehörigen Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften; die

übrigen Mittel auf die Landkreise und kreisfreien Städte (je 128 Mill. Euro). Ein Blick auf einzelne Aufgabebereiche (Tabelle 5) zeigt, dass fast zwei Drittel der gesamten Bauausgaben für Schulen, Straßen, Städteplanung, die Abwasserbeseitigung und das allgemeine Grundvermögen eingesetzt wurden.

Im Vergleich zum Vorjahr sind mit Ausnahme im Bereich „allgemeines Grundvermögen“ in allen genannten Aufgabebereichen Rückgänge bei den Bauinvestitionen festzustellen.

Tabelle 5: Ausgaben für Baumaßnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände nach ausgewählten Aufgabenbereichen

Aufgabenbereich	1998		1999		2000		2001		Veränderung 2001 zu 2000 in %
	1000 Euro	Euro je Einwohner	1000 Euro	Euro je Einwohner	1000 Euro	Euro je Einwohner	1000 Euro	Euro je Einwohner	
Schulen	132 258	54	125 111	51	97 427	40	88 475	37	- 9,2
Städteplanung	137 753	56	150 171	61	132 767	54	119 433	49	- 10,0
Straßen	246 254	100	233 961	95	220 708	90	193 441	80	- 12,4
Abwasserbeseitigung	17 715	7	18 149	7	12 565	5	11 198	5	- 10,9
Allgemeines Grundvermögen	81 142	33	75 216	31	68 714	28	73 684	30	7,2
Insgesamt	925 900	375	944 010	384	805 756	330	752 373	311	- 6,6

Die **Steuereinnahmen** als wichtigste originäre kommunale Einnahme beliefen sich im Jahr 2001 auf 620 Mill. Euro (256 Euro je Einwohner). Ihr Anteil an den Gesamteinnahmen lag bei 16 Prozent (NBL = 16 Prozent; früheres Bundesgebiet = 38 Prozent).

Die Steuerdeckungsquote (Anteil der Steuereinnahmen an den Gesamtausgaben) erreichte ebenfalls 16 Prozent (NBL = 16 Prozent; früheres Bundesgebiet = 37 Prozent).

Im Vergleich zum Vorjahr sanken die Steuereinnahmen um 18 Mill. Euro (-2,8 Prozent).

Gemessen an den anderen neuen Bundesländern nahm Thüringen bei den Steuereinnahmen je Einwohner mit 256 Euro den letzten Platz ein (NBL = 288 Euro; früheres Bundesgebiet = 718 Euro) und erreichte damit erst gut ein Drittel des Niveaus der alten Bundesländer.

Mit einem Anteil von 34 Prozent an den Steuereinnahmen insgesamt war im Jahr 2001 die Gewerbesteuer (netto; das heißt, nach Abzug der Gewerbesteuerumlage) mit 211 Mill. Euro, trotz eines Rückgangs um 7 Mill. Euro bzw. 3 Pro-

zent gegenüber dem Vorjahr, die ergiebigste Steuerart.

Aus Grundsteuern flossen im Jahr 2001 ebenso wie im Vorjahr knapp 165 Mill. Euro in die Gemeindekassen; aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit insgesamt 171 Mill. Euro jedoch 9 Mill. Euro weniger als vor Jahresfrist. Als Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer erhielten die Kommunen Einnahmen in Höhe von 63 Mill. Euro. Das war mehr als 1 Million oder 2 Prozent weniger als im Vorjahr.

Mit 10 Mill. Euro oder 1,6 Prozent der Steuereinnahmen nehmen sich die sonstigen Steuern und steuerähnlichen Einnahmen, wie Vergnügungssteuer, Hundesteuer, Jagdsteuer usw. dagegen eher gering aus. Im Jahr 2001 nahmen die Thüringer Gemeinden 5,0 Mill. Euro an Vergnügungssteuern (Vorjahr = 4,8 Mill. Euro) und 4,6 Mill. Euro an Hundesteuern (Vorjahr = 4,3 Mill. Euro) ein.

Die **Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb**, zu denen u.a. neben Gebühreneinnahmen und Abgaben auch die Einnahmen aus Mieten und Pachten, Einnahmen aus Verkauf sowie aus Gewinnanteilen und Konzessionsabgaben

Tabelle 6: Steuereinnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände

Steuer	1999		2000		2001		Veränderung 2001 zu 2000 in %
	1000 Euro	Euro je Einwohner	1000 Euro	Euro je Einwohner	1000 Euro	Euro je Einwohner	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	205 395	84	179 986	74	170 989	71	-5,0
Gewerbesteuer (netto)	214 066	87	218 546	90	211 351	87	-3,3
Grundsteuer A + B	160 467	65	165 486	68	164 705	68	-0,5
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	59 771	24	64 467	26	63 033	26	-2,2
Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	8 858	4	9 188	4	9 746	4	6,1
Insgesamt	648 557	264	637 673	261	619 824	256	-2,8

zählen, sind mit 557 Mill. Euro gegenüber dem Vorjahr um 3 Mill. Euro (+0,5 Prozent) gestiegen. Über Mieten und Pachten flossen 3 Mill. Euro weniger in die Kassen der Gemeinden.

Die Einnahmen aus Benutzungsgebühren und ähnlichen Entgelten waren 2001 um 4 Mill. Euro höher als im Jahr zuvor. Bei den Einnahmen aus Verwaltungsgebühren war ein Anstieg um mehr als 1 Million Euro festzustellen.

Aus Gewinnanteilen von Unternehmen flossen über 8 Mill. Euro mehr als im Vorjahr in die Gemeindekassen. Die Einnahmen aus Konzessionsabgaben waren dagegen um mehr als 7 Mill. Euro geringer als vor Jahresfrist.

Die weiteren Finanzeinnahmen, wie Bußgelder, Säumniszuschläge u.ä. blieben gegenüber 2000 mit 20 Mill. Euro annähernd gleich.

Tabelle 7: Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb der Gemeinden/Gemeindeverbände

Steuer	1999		2000		2001		Veränderung 2001 zu 2000 in %
	1000 Euro	Euro je Einwohner	1000 Euro	Euro je Einwohner	1000 Euro	Euro je Einwohner	
Gebühren, sonstige Entgelte	302 105	123	291 739	120	297 818	123	2,1
Übrige Verwaltungs- und Betriebs-einnahmen	188 740	77	176 434	72	172 073	71	- 2,5
Gewinnanteile, Konzessionsabgaben	81 781	33	86 297	35	87 362	36	1,2
Insgesamt	572 626	233	554 471	227	557 252	230	0,5

Aufgrund der Sparzwänge der Kommunen war auch ein Tritt auf die „Schuldenbremse“ unerlässlich, was sich deutlich an der Entwicklung der Nettokreditaufnahme (Schuldenaufnahme am Kreditmarkt minus Schuldentilgung am Kreditmarkt) zeigt.

Ausgehend von einer Nettokreditaufnahme von 661 Mill. Euro im Jahr 1993 konnte diese kontinuierlich bis 1999 auf 3 Mill. Euro gesenkt werden. Im Jahr 2000 lagen erstmals die Tilgungsraten um 47 Mill. Euro über der Neuaufnahme von Krediten. 2001 wurden durch die Thüringer Kommunen 40 Mill. Euro mehr getilgt als neue Schulden aufgenommen.

Der **Schuldenstand** der Kommunen wurde ausgehend vom Stand nach der jährlichen Schuldenstatistik 2000 über das laufende Jahr 2001 in der Kassenstatistik fortgeschrieben, das heißt, es wurde jeweils lediglich die Schuldenaufnahme addiert und die Schuldentilgung subtrahiert. Mögliche Berichtigungen sowie sonstige Zu- und Abgänge blieben unberücksichtigt, so dass der fortgeschriebene Schuldenstand nach der vierteljährlichen Kassenstatistik gegenüber dem Schuldenstand nach der jährlichen Schuldenstatistik um 4 Mill. Euro höher ausgewiesen wird.

Der fortgeschriebene Schuldenstand belief sich im Jahr 2001 auf 2 978 Mill. Euro und entsprach damit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 1 230 Euro.

Die kreisfreien Städte hatten Ende 2001 einen Schuldenstand von 641 Mill. Euro (1 131 Euro je Einwohner), die kreisangehörigen Gemeinden (einschließlich Verwaltungsgemeinschaften) 1 685 Mill. Euro (908 Euro je Einwohner) und die Landkreisverwaltungen waren mit 651 Mill. Euro oder 351 Euro je Einwohner verschuldet.

Ein Vergleich der Pro-Kopf-Verschuldung der Thüringer Gemeinden/Gemeindeverbände mit der der anderen jungen Bundesländer zeigt, dass nicht mehr die Thüringer Gemeinden wie noch 1999 die am höchsten verschuldeten waren, sondern die Gemeinden von Mecklenburg-Vorpommern (1 320 Euro) vor den Gemeinden aus Sachsen-Anhalt (1 269 Euro). Danach folgen die Sächsischen (1 255 Euro) und dann die Thüringer Gemeinden (1 230 Euro).

Die Gemeinden Brandenburgs waren am 31.12.2001 mit 705 Euro pro Einwohner verschuldet.

Angesichts der noch relativ geringen eigenen Einnahmen der Kommunen nahmen auch im Jahr 2001 die **Landeszusweisungen** einen besonderen Stellenwert ein.

Besonders wichtig für die Gemeinden und Gemeindeverbände sind die Zahlungen der Schlüsselzuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs sowie die Investitionszuweisungen. Im Jahr 2001 erhielten die Thü-

ringer Kommunen Zuweisungen und Zuschüsse für laufende und investive Zwecke vom Land in Höhe von insgesamt 2 370 Mill. Euro. Das waren 60 Prozent ihrer Gesamteinnahmen.

Die an die Gemeinden gezahlten Schlüsselzuweisungen vom Land bildeten mit 1 131 Mill. Euro den größten Posten dieser Zuweisungen. Die für die Gemeindeinvestitionen sehr wichtigen Investitionszuweisungen vom Land blieben im Jahr 2001 mit insgesamt 531 Mill. Euro um 3,5 Prozent unter dem Vorjahresbetrag.

Weitere 708 Mill. Euro wurden als Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke, Ersätze zum Familienleistungsausgleich, Erstattungen von Ausgaben des Verwaltungshaushalts sowie in Form von Bedarfszuweisungen und sonstigen allgemeinen Zuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände gezahlt.

Wie bereits erwähnt, kommen mehr als die Hälfte der gemeindlichen Einnahmen aus Landeszuweisungen. Das trifft für Thüringen als auch für die anderen jungen Bundesländer gleichermaßen zu. In den westlichen Bundesländern sind es daneben noch die Steuern und steuerähnlichen Einnahmen, die in etwa zu gleichen Teilen (je ca. 40 Prozent) an den Einnahmen beteiligt sind. Die Steuereinnahmen der jungen Bundesländer sind zurzeit noch so gering, dass sie noch nicht einmal ein Fünftel der Ausgaben abdecken. Angesichts dieser Tatsache kann abschließend gesagt werden, dass die Thüringer Gemeinden, wie auch die der anderen neuen Bundesländer, trotz ihrer allmählich wachsenden Steuerkraft auf Zuweisungen ihrer Länder in hohem Maße angewiesen bleiben, um damit ihre nach wie vor schwache Finanzkraft zu kompensieren.

Tabelle 8: Ausgaben und Einnahmen nach Gebietskörperschaftsgruppen

Ausgabe- und Einnahmearten	Gemeinden und Gemeindeverbände			Davon								
				kreisfreie Städte			kreisangeh. Gemeinden einschl. Verwaltungsgem.			Landkreise		
	2000	2001	Veränderung 2001 gegenüber 2000	2000	2001	Veränderung 2001 gegenüber 2000	2000	2001	Veränderung 2001 gegenüber 2000	2000	2001	Veränderung 2001 gegenüber 2000
	Mill. Euro	%		Mill. Euro	%		Mill. Euro	%		Mill. Euro	%	
Personalausgaben	1 233	1 217	-1,3	325	329	+1,2	584	562	-3,6	324	326	+0,6
Laufender Sachaufwand	765	760	-0,7	189	188	-1,0	282	282	+0,1	294	290	-1,2
Soziale Leistungen	401	433	+7,9	133	142	+6,8	8	9	+8,6	260	282	+8,4
Zinsausgaben	167	171	+2,5	37	37	-0,5	92	94	+1,4	37	40	+8,0
Sachinvestitionen	926	883	-4,7	167	162	-3,2	604	562	-7,1	155	159	+2,9
Sonstige Ausgaben abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	911	924	+1,4	213	210	-1,4	546	559	+2,4	154	156	+1,3
Gesamtausgaben ¹⁾	3 987	3 971	-0,4	1 055	1 060	+0,5	2 013	1 970	-2,1	920	941	+2,3
Steuern und steuerähnliche Einnahmen (netto)	638	620	-2,8	202	189	-6,3	436	431	-1,2	-	-	-
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse vom Land davon	1 845	1 839	-0,3	458	475	+3,7	765	733	-4,2	622	631	+1,5
Schlüsselzuweisungen	1 185	1 131	-4,6	256	253	-1,1	638	600	-6,0	291	278	-4,5
Bedarfs- und sonstige allgemeine Zuweisungen	104	167	+60,6	34	46	+37,0	62	71	+15,3	8	50	+484,0
Erstattungen und laufende Zuweisungen	556	541	-2,6	168	176	+4,3	65	62	-5,4	322	304	-5,7
Gebühren und sonstige Entgelte	292	298	+2,1	95	95	0	77	84	+9,9	120	118	-1,3
Zuweisungen für Investitionen vom Land	550	531	-3,5	123	121	-1,4	314	299	-4,6	114	111	-2,8
Sonstige Einnahmen	1 127	1 107	-1,8	162	162	0	554	534	-3,6	409	412	+0,7
Abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	416	417	+0,4	9	8	-14,1	103	98	-4,6	304	312	+2,5
Gesamteinnahmen ¹⁾	4 036	3 978	-1,4	1 031	1 034	+0,3	2 043	1 983	-2,9	961	960	-0,1
Finanzierungssaldo	+49	+6	-87,0	-24	-25	+8,2	+31	+12	-59,3	+42	+19	-53,5
Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	220	261	+18,7	45	88	+95,0	149	151	+1,3	26	22	-14,4
Schuldentilgung am Kreditmarkt	267	301	+12,7	62	65	+5,1	163	187	+14,9	43	49	+15,3
Schuldenstand am 31.12.	2 987	2 978	-0,3	619	641	+3,6	1 720	1 685	-2,0	648	651	+0,4

1) ohne haushaltstechnische Verrechnungen, ohne besondere Finanzierungsvorgänge und bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene